

Rede der SEEBRÜCKE Braunschweig zur Fahrraddemo am 29.05.2020:

Wir als Seebrücke Braunschweig finden es anmaßend, mit welcher Rücksichtslosigkeit in Teilen unserer Gesellschaft versucht wird, an bestehenden Privilegien festzuhalten. So sollen für die deutsche Autoindustrie, die Lufthansa und für andere vermeintlich „unverzichtbare“ wirtschaftliche Standbeine Hilfspakete in Milliardenhöhe möglichst schnell zur Verfügung gestellt werden, während gleichzeitig Menschen ohne Möglichkeit, sich vor einer Ansteckung mit Covid-19 zu schützen zu Tausenden in Lagern an der europäischen Außengrenze ausharren und Unionspolitiker*innen öffentlich über eine Absenkung des Mindestlohns nachdenken.

Wir finden es ist sehr bezeichnend, dass wenn es um unsere Wirtschaft und um mögliche ausbleibende Profite geht, Politik und Gesellschaft schnellstmöglich reagieren und Handeln.

Wenn es aber um sozial benachteiligte Bevölkerungsschichten, Menschen auf der Flucht und die Klimakrise geht, kommt es zu keinem ersichtlichen Handeln der Politik.

Der Umgang mit Covid-19 hat gezeigt, dass die deutsche Politik durchaus in der Lage ist, auf große Herausforderungen schnell und effektiv zu reagieren.

Dies macht deutlich, dass Aktive Solidarität nur unsere Wirtschaftszweige und die großen Unternehmen und die wenigen Menschen in Machtpositionen erfahren.

Mit sozialer Gerechtigkeit und Klimagerechtigkeit, die wir hier alle gemeinsam fordern, hat das nichts zu tun.

Wir fordern: Fight every crisis!

Von der Klimakrise sind Menschen im globalen Süden am stärksten betroffen.

Die globale soziale Ungleichheit, welche durch das kapitalistische Wirtschaftssystem weiter verstärkt wird, wird dabei sehr deutlich.

Klimagerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit können also nur konsequent erreicht werden, wenn sich von der falschen Annahme eines unbegrenzt möglichen Wachstums abgewandt wird.

Der antikapitalistische Kampf muss dabei zwingend antifaschistisch, feministisch, antirassistisch und intersektional sein und des Weiteren diskriminierende postkoloniale Strukturen benennen und berücksichtigen.

Und dennoch: In Deutschland wird derweil gemeint, wir müssten mit unserer Wirtschaft so weiter machen wie bisher und den Wachstumswahn weiter vorantreiben.

Der Klimawandel wird zukünftig die wichtigste Fluchtursache sein. Bis 2050 könnten weit mehr als 100 Millionen Menschen auf Grund seiner Folgen zur Flucht gezwungen sein. Dabei wirkt sich der Klimawandel direkt in Form von Dürren, Überschwemmungen und anderen Naturkatastrophen aus. Doch auch die indirekten Folgen wie Nahrungsmittel- und Wasserknappheit und daraus resultierende Verteilungskriege treiben Menschen in die Flucht.

Diesen Menschen können wir jetzt noch helfen! Indem wir uns für eine Klimapolitik entschieden, die die Auswirkungen des Klimawandels auf ein Minimum begrenzt! Denn die aktuelle Situation, in der Millionen Menschen weltweit in Lagern unter unmenschlichen Bedingungen ausharren und Tausende im Mittelmeer ertrinken, während Europas Politiker*innen sich nicht zu einer humanen Flüchtlings- und Migrationspolitik durchringen können, wird sich durch den Klimawandel noch verschlimmern.

Die Klimakrise muss international endlich als Fluchtursache anerkannt werden! Denn zurzeit sind Menschen, die aufgrund der schon real existierenden Klimakatastrophe fliehen müssen, in der Genfer Flüchtlingskonvention nicht berücksichtigt und haben daher keinen rechtlichen Anspruch auf Schutz. Die Arabische Flüchtlingskonvention ist da schon weiter und führt „natural disasters“ als Fluchtursache mit auf.

Es müssen legale Möglichkeiten geschaffen werden, nach Europa und übers Mittelmeer zu gelangen, ohne dafür das eigene Leben zu riskieren!

Braunschweig bezeichnet sich seit Dezember 2018 als sicheren Hafen für Geflüchtete. Aktive Solidarität mit Menschen auf der Flucht und Druck ausgehend von der Stadt Braunschweig auf Bundes- und Landesregierung für die zusätzliche Aufnahme von Schutzsuchenden konnten wir leider noch nicht feststellen. Wir finden es traurig, dass für unsere Politiker*innen Solidarität meist an Grenzen zu Enden scheint.

Das nehmen wir nicht einfach so hin.

Lasst uns gemeinsam zeigen, dass uns Menschen auf der Flucht nicht egal sind. Wir fordern: LeaveNoOneBehind – Weder im Kampf gegen Covid-19, noch in der Klimakrise!

Lasst uns gemeinsam Niedersachsen zum sicheren Hafen machen und uns aktiv für einen dringend notwendigen Wandel hin zu einer sozial- und klimagerechten Welt einsetzen.

CLIMATE JUSTICE NOW!